

Mitteilungen

FOLGE 196

MAI 2010

„NEONAZISMUS IST KEINE MEINUNG, SONDERN EIN VERBRECHEN“

Aus der Rede der Präsidentin des Nationalrates Mag.^a Barbara Prammer
anlässlich der Jahresversammlung des DÖW am 9. März 2010 im Alten Rathaus

In ihrer Festrede wandte sich Barbara Prammer gegen Angriffe auf das NS-Verbotsgesetz und würdigte den Beitrag des DÖW zu demokratischer und politischer Bildung in Österreich. Das DÖW sei und bleibe für sie, so Prammer, „eine zentrale Institution zur Aufarbeitung der NS-Zeit in Österreich“.

Im Rahmen der Veranstaltung erhielt die vielfach ausgezeichnete österreichische Kinder- und Jugendbuchautorin Christine Nöstlinger den Willy und Helga Verkauf-Verlon Preis für österreichische antifaschistische Publizistik 2009.

„Eine Art geschichtliches Gewissen Österreichs“ – so hat Bürgermeister Michael Häupl das Dokumentationsarchiv anlässlich seines 40-jährigen Bestehens im Jahr 2003 bezeichnet. Wolfgang Benz charakterisiert das Dokumentationsarchiv als „Juwel, das pflegliche Behandlung erfordert“. Und Henry Friedlander meint, solange das DÖW existiert, kann er sicher sein, „dass das Land nicht in die Vergangenheit zurückfällt“.

Ich kann mich all diesen Worten nur anschließen und bedanke mich für die Ein-

ladung, anlässlich der Jahresversammlung 2010 den Festvortrag zu halten.

Erlauben Sie mir eingangs einige aktuelle Zahlen aus der Studie *Die Österreicher/innen. Wertewandel 1990–2008* zu zitieren:

- 88 % der ÖsterreicherInnen meinen, dass Demokratie zwar die beste aller Regierungsformen ist,
- trotzdem können 21 % sich sehr oder ziemlich gut vorstellen, einen starken Führer zu haben, der sich nicht um

ein Parlament und Wahlen kümmern muss.

Der Verfassungsschutzbericht 2009 zeigt, dass

- die Zahl der Anzeigen im rechtsextremen Milieu zwischen 2007 und 2008 um 11 % gestiegen ist
- und dass sich die Zahl der Tathandlungen mit rechtsextremem, rassistischem, antisemitischem oder islamophobem Hintergrund um 22 % erhöht hat.

Lassen Sie mich noch an konkrete Beispiele erinnern:

- die tätlichen Übergriffe auf Holocaust-Überlebende in Ebensee 2009,
- die Kandidaten einer Welser Bürgerliste, die sich in der KZ-Gedenkstätte mit Hitlergruß und neonazistischen T-Shirts zeigen und die – wie der Verfassungsgerichtshof – zu Recht von der Gemeinderatswahl 2009 ausgeschlossen wurden,
- und – besonders bedrückend – die nochmalige Schändung der Gedenkstätte Mauthausen in der Nacht auf vergangenen Freitag [5. März 2010].

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin heute Abend nicht hier, um schwarzzumalen oder um Österreich schlechtzureden. Denn trotz aller bedenklichen Vorkommnisse – und da werden Sie mir zustimmen – ist die österreichische Demokratie gefestigt.



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bei ihrer Festrede im Rahmen der traditionellen Jahresversammlung des DÖW, die am 9. März 2010 im Alten Rathaus in Wien abgehalten wurde. (Foto: DÖW)

Zudem ist Österreich in einen Staatenverbund eingegliedert, der das größte Friedensprojekt des 20. Jahrhunderts darstellt. Die zentrale Antwort Europas auf die Erfahrung des Zivilisationsbruches Nationalsozialismus ist heute mehr denn je gültig: die Menschenrechte. Ihre Achtung und Wahrung stehen im Zentrum der europäischen Bemühungen.

Lassen wir uns aber nicht täuschen. Antidemokratische und rechtsextremistische Kräfte existieren. Und: diese Kräfte erringen bei Wahlen Zustimmung in bedenklichem Ausmaß. Václav Havel hat dieses Paradoxon der Demokratie so formuliert: „Der Nachteil der Demokratie besteht darin, dass sie denjenigen, die es ehrlich mit ihr meinen, die Hände bindet. Aber denen, die es nicht ehrlich meinen, ermöglicht sie fast alles.“

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit und darf zu keiner solchen werden. Im Gegenteil: wir müssen Demokratie jeden Tag aufs Neue erringen und erkämpfen. Um noch deutlicher zu werden: Der Rechtsradikalismus darf nicht noch weiter in die Mitte unserer Gesellschaft vordringen! Uns allen muss klar sein, dass dieses Gedankengut nicht nur eine von vielen Ideologien ist. Dieses Gedankengut birgt demokratiegefährdende Potentiale in sich. Was meine ich damit, wenn ich vom Eindringen in die Mitte der Gesellschaft spreche? Es bedeutet zunächst einmal nicht, dass ein großer Teil der Österreicherinnen und Österreicher rechtsextrem oder neonazistisch agiert oder solches Engagement in Betracht zieht. Es bedeutet aber, dass immer mehr Menschen Sympathien für dieses Gedankengut hegen oder es zumindest, und das ist ebenso bedenklich, stillschweigend dulden.

Nehmen wir zum Beispiel nur Übereinstimmungen bei der Suche nach gesellschaftlichen Feindbildern. Immerhin meinen 55 % der Österreicherinnen und Österreicher, dass das Credo „Je weniger Ausländer, umso besser“ auf den Großteil der Bevölkerung zutreffen würde. (Quelle: IMAS, Mai 2009) Diese Sympathie und dieses Dulden aber sind entscheidend, denn nur so kann diese rechtsradikale Struktur überhaupt wachsen.

Der deutsche Journalist Toralf Staud leitet daraus eine Handlungsaufforderung für alle ab, indem er schreibt, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus „in Städten und Dörfern, auf Schulhöfen und an Buswartehäuschen“ stattfinden muss. Denn: „Wenn sich dort niemand für Demokratie und Menschenrechte einsetzt, haben die Rechtsextremisten schon gewonnen.“

Barbara Prammer im Gespräch mit dem Präsidenten des DÖW, BM a. D. Rudolf Edlinger.

(Foto: DÖW)



Blicken wir in die eigene Geschichte, so wird deutlich, wozu Dulden, Wegsehen und Mitlaufen schon einmal geführt haben. Deutlich wird aber auch, wie schnell solche Entwicklungen Platz greifen können.

Diese Analyse ist für mich so relevant, weil sie zeigt, dass demokratische und politische Bildung wichtiger denn je sind. Gerade für junge Menschen, aber nicht nur für junge Menschen.

Demokratische und politische Bildung erschöpfen sich aber nicht in Institutionenkunde. Dazu ist die Reflexion gesellschaftlicher und demokratischer Prozesse notwendig, die Diskussion über zivilgesellschaftliches Engagement und Courage im Alltag. Vieles davon ist in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte lern- und erfahrbar. Der kategorische Imperativ gerade für politisches Handeln muss daher lauten: Nur wer die Vergangenheit kennt, ist fähig, die Gegenwart zu begreifen und die Zukunft zu gestalten.

Wenn wir über demokratische, antifaschistische politische Bildung sprechen, muss es zuallererst um die Kenntnis historischer Fakten gehen. Dieses Wissen muss dann in Bezug zur eigenen Gegenwart gesetzt werden.

Die Reflexion wird dabei durch zwei Faktoren erschwert: Einerseits durch die un-

terschiedlichen Ebenen der Erinnerungsarbeit, also familiäre Erzählungen sowie Wissensvermittlung in Schulen und Projekten. Zum Beispiel muss das zu Hause vom Großvater Erzählte nicht zwangsläufig mit den in der Schule vermittelten historischen Fakten übereinstimmen. Andererseits müssen wir uns in der Auseinandersetzung mit einem Grundproblem der Erinnerung an den Nationalsozialismus befassen: der Erinnerung als Täterinnen und Täter.

Ein weiterer Aspekt, der mir in diesem Zusammenhang wichtig erscheint, ist das Schaffen persönlicher Anknüpfungspunkte. Lassen Sie mich dies an meinem eigenen Beispiel verdeutlichen. Im Rahmen meines Soziologiestudiums habe ich eine Abschlussarbeit zum Thema *Kinder und Jugendliche in NS-Konzentrationslagern* verfasst. Damals war ich selbst junge Mutter meiner beiden Kinder. Die Reflexion des Gelesenen unter Bezugnahme auf meine eigene Lebenssituation hat mich nie wieder losgelassen. Daraus entstand eine persönliche Motivation, die ich bis heute in mir trage. Diese Motivation, dieser Leitgedanke ist, die damaligen Ereignisse und vor allem die Opfer niemals zu vergessen. Und dafür zu sorgen, dass so etwas niemals wieder geschehen kann. Dieses „Niemals wieder!“ greift aber zu

kurz, ich füge dem das „Wehret den Anfängen!“ hinzu. Ich denke, dass viele von Ihnen eine ähnliche Motivation erfüllt. Es reicht aber in der politischen Bildung nicht aus, aus der Vergangenheit die richtigen Schlüsse zu ziehen. Wir müssen auch die Verantwortung, die sich daraus ableitet, wahrnehmen – sei es im Bereich der Restitution oder bei Entschädigungs- und Sozialleistungen. Insbesondere trifft die Verantwortungsübernahme auf Politikerinnen und Politiker zu.

Ich habe im vergangenen Jahr am Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus am 5. Mai betont und ich werde es auch dieses Jahr wiederholen: wo kein klarer Trennstrich zu Rechtsextremismus und Neonazismus gezogen wird, da herrscht Aufklärungsbedarf. Und dieser Aufklärungsbedarf ist weit vor der juristischen Grenze des Verbotsgesetzes gegeben.

Nur weil jemand Formulierungen wählt, die strafrechtlich nicht relevant sind, heißt das nicht, dass das dahinterstehende Gedankengut nicht zutiefst antidemokratisch sein kann. Es heißt bloß, dass er oder sie die richtigen Kürzel zu bedienen weiß. Gerade wieder erleben wir das in der Diskussion rund um den Bundespräsidentenschaftswahlkampf. [...]

Betrachten wir aber die Debatte in den letzten Tagen, so stimmt mich eines schon positiv: es gab sofort und rasch von vielen Seiten sehr eindeutige Abgrenzungen zu

diesen Relativierungsversuchen. Rechte „Codes“, Hintergründe und sogenannte „Rechtsverbinder“ wurden in unterschiedlichen Medien thematisiert. Damit wurde deutlich gemacht, was wirklich hinter Aussagen zu „angeblicher Meinungsfreiheit“ oder dem „Geschichtsunterricht der 60er Jahre“ steht. Kurz: die Diskussion gewinnt an Tiefe, was ich sehr begrüße. Denn auf die wiederholten Angriffe gegen das Verbotsgesetz muss unsere Antwort lauten: Neonazismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Denken wir nur an einschlägige Homepages. Neben offen antisemitischer und neonazistischer Hetze werden dort auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs verleumdet, bedroht und diffamiert. Nicht zuletzt wird dort auch dazu aufgefordert, mir und allen Frauen im Parlament „eine ordentliche Tracht Prügel“ zu verpassen.

Die konsequente Überwachung der rechtsextremen Szene sowie die gezielte Verfolgung von Straftaten in diesem Bereich sind daher unumgänglich. Hier gibt es noch großen Handlungsbedarf.

Nehmen wir zum Beispiel die Schändung der Gedenkstätte Mauthausen. Musste wirklich ein zweites Mal ein über 20 Meter langer antisemitischer, rassistischer Schriftzug auf der Außenmauer – für alle sichtbar – prangen? Musste diese Verhöhnung der Opfer wirklich ein zweites Mal geschehen? Konnte denn dagegen wirklich nichts getan werden?

Ich hoffe sehr, dass die naheliegende Antwort – die Installation einer Videoüberwachung – nun endlich gegeben wird. Denn was für jeden Bahnhof Österreichs Realität ist, war bisher in einer Gedenkstätte nicht möglich.

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes lebt eine aktive Auseinandersetzung mit der österreichischen Geschichte. Auf der einen Seite steht die exzellente wissenschaftliche Forschung, die weit über die Grenzen hinaus bekannt ist. Ich verweise hier

- auf die namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer, die die Opfer dem Vergessen entrissen hat,
- auf die umfassenden Schriften zum Widerstand, die couragierte und mutige Taten dokumentieren,
- oder auf die Pionierarbeiten im Bereich NS-Euthanasie und zur NS-Justiz.

Sie alle geben ihr Wissen aber auch in unzähligen Vorträgen, Diskussionen und Workshops an junge Menschen weiter. Besonders wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang die herausragende Arbeit im Themenfeld *Rechtsextremismus*. Zudem ist Ihre Expertise in vielen wichtigen Projekten und Ausstellungen gefragt und geschätzt. Damit leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs einen unschätzbaren wichtigen Beitrag zu demokratischer und politischer Bildung in diesem Land.

Auf der anderen Seite ist das Dokumentationsarchiv eine Art „mahnende Stimme“, eine Institution, die seit 1963 sehr kritisch Österreich – was die eigene Geschichte betrifft – den Spiegel vorhält. Keine andere Institution hat – was ihre Entstehungsgeschichte betrifft – mehr Legitimation, dies zu tun. Weil sie von den Opfern gegründet wurde, die – lange bevor das offizielle Österreich sich mühsam dazu durchgerungen hatte – ein unverfälschtes, ehrliches Geschichtsbild forderten.

Das Dokumentationsarchiv hat damit eingefordert, worauf der erste deutsche Bundespräsident schon 1952 in Bergen-Belsen hingewiesen hatte: „[...] wir Deutschen wollen, sollen und müssen, will mir scheinen, tapfer zu sein lernen gegenüber der Wahrheit, zumal auf einem Boden, der von den Exzessen menschlicher Feigheit gedüngt und verwüstet wurde. [...] Wer hier als Deutscher spricht, muss sich die innere Freiheit zutrauen, die volle Grausamkeit der Verbrechen, die hier von Deutschen begangen wurden, zu erkennen.“



Nach der Übergabe des *Willy und Helga Verkauf-Verlon Preises für österreichische antifaschistische Publizistik 2009*: Brigitte Bailer, wissenschaftliche Leiterin des DÖW (links), mit der Preisträgerin Christine Nöstlinger. (Foto: DÖW)

Wo Theodor Heuss *Deutsche* sagt, müssen wir *Österreicherinnen und Österreicher* sagen.

Und eines dürfen wir ebenso nicht vergessen: Keine andere Institution Österreichs wurde und wird dafür und für seine Arbeit öffentlich mehr kritisiert.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archives! Es gibt keinen Zweifel daran, dass selbst die viel zu spät und oft zaghaft gesetzten Initiativen in Österreich undenkbar gewesen wären ohne

- Ihre wissenschaftliche Forschung,
- die Zusammenstellung eines umfassenden Archives
- und das persönliche, oft ehrenamtliche Engagement von Ihnen allen und Ihren Vorgängerinnen und Vorgängern.

Ich darf noch einmal auf das vorher zur politischen Bildung Gesagte zurückkommen. Der deutsche Soziologe Ludger Klein schreibt dazu sehr treffend: „Demokratische Werte fallen nicht vom Himmel. Demokratische Werte, Einstellungen und Handlungsmuster benötigen vielmehr den Horizont praktischer Erfahrungen und daran anknüpfende Lernprozesse.“

Das Anstoßen dieser Lernprozesse kann in vielfältiger Weise erfolgen:

- in einer Schule, die ein Mahnmal für vertriebene und ermordete SchülerInnen initiiert,
- eine Jugendgruppe, die die DÖW-Ausstellung besucht,
- oder durch das Lesen antifaschistischer Literatur.

Heute Abend wird im Rahmen der Jahresversammlung eine Frau ausgezeichnet, die zu Recht als wichtigste Kinder- und Jugendbuchautorin Österreichs bezeichnet wird: Christine Nöstlinger. Antifaschismus ist eines ihrer zentralen Leitmotive, das sich durch viele ihrer Bücher zieht. Insofern verstehe ich ihr Werk als Anstoß zum Lernprozess, so wie eben im Zitat von Ludger Klein skizziert.

Christine Nöstlinger meint über ihr Schaffen selbst zwar, dass die Lektüre ihrer Bücher Kinder, die ja immerhin die Machtlosesten in ihren Familien sind, nicht zum Aufbegehren veranlassen könnte. Ihre Bücher schaffen es aber, Kinder zum kritischen Denken und Hinterfragen anzuregen. Sie zeigen Kindern, dass sie mit all ihren Fragen, Wünschen und Erlebnissen nicht allein sind. Die Bücher von Frau Nöstlinger sind tröstlich, unterhaltsam und vor allem eines: weise. Und das in sehr einfachen Worten.

Es freut mich daher besonders, dass heute Abend auch der *Verkauf-Verlon Preis* an

Sie, Frau Nöstlinger, überreicht werden wird. Dieser Preis ergeht für antifaschistische Publizistik und zeichnet Texte aus, die zum Denken, zum Kritisieren und zum Lernen anregen.

In Christine Nöstlingers Büchern begegnen wir Figuren, die eines gemeinsam haben – sie sind auf die eine oder andere Weise Außenseiter und sie hinterfragen; nicht nur sich oder ihre Freunde, auch die Erwachsenen und ihre Welt.

Da gibt es die „feuerrote Friederike“, die aufgrund ihrer roten Haare, die sich als Zauberhaare herausstellen, gehänselt wird. Oder Nasti, die sich allein zu Hause fürchtet und umgehend ein Schutzgespenst zur Seite gestellt bekommt. Oder die Christel in *Maikäfer, flieg!*, die sich mit dem russischen Soldaten Cohn anfreundet, obwohl ihn niemand sonst mag.

Es gibt die couragierten Charaktere, wie den Briefträger, der Friederike jeden Tag von der Schule abholt und sie damit vor den anderen Kindern beschützt. Oder eben das Gespenst Rosa Riedl, die den Krieg über damit beschäftigt ist, Gauleiter zu ärgern, HJ-Buben zu zwicken und die NS-Frauenschaft durcheinanderzubringen. Und über all dem noch darauf schaut, dass Gerechtigkeit herrscht im Häuserblock. Damit meint sie: Lebensmittel umverteilen, von denen, die mehr haben, hin zu jenen, die nichts haben. Meistens also von Nazis zu Nicht-Nazis.

Genau das sind die Werte, die Christine Nöstlinger in ihren Werken vehement vertritt: Gerechtigkeit, Courage und Solida-

rität. Es geht darum, für andere einzustehen und sie zu verteidigen, also um wahre Freundschaft – wie eben zwischen Christel und Cohn. Und es geht darum, nicht feige zu sein.

Die Zeit des Nationalsozialismus hat Christine Nöstlinger als 1936 Geborene als Kind miterlebt. Diese Erfahrungen hat sie besonders in *Zwei Wochen im Mai* und in *Maikäfer, flieg!* verarbeitet. Der Kampf gegen Alltagsfaschismus findet sich aber in vielen anderen Büchern, wie den bereits zitierten *Rosa Riedl Schutzgespenst* und *Die feuerrote Friederike* oder in *Wir pfeifen auf den Gurkenkönig*. Dass es sich lohnt, für die eigenen Ideale zu kämpfen, das zieht sich auch durch viele ihrer Werke – beispielhaft sei hier noch *Nagle einen Pudding an die Wand!* angeführt.

Wenn ich zurückkomme auf den formulierten Leitsatz, die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit betreffend, so findet sich dieser in ähnlicher Form in der Vorbemerkung zu *Zwei Wochen im Mai*. Hier heißt es:

„Die Geschichte, die ich erzähle, ist mehr als dreißig Jahre alt. Zwölf war ich damals und der große Krieg war seit drei Jahren zu Ende. Damals war alles anders. Aber damals hat alles angefangen, was es heute noch gibt.“

Christine Nöstlingers Verdienst ist es, dieses „damals“ nachfolgenden Generationen greifbar zu machen und aktive Auseinandersetzung angeregt zu haben. Sie hat Kindern und Jugendlichen Werte wie Cou-



Schülerinnen der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe Wien 19., Straßergasse 37–30, lasen im Rahmen der Veranstaltung aus Christine Nöstlingers *Maikäfer, flieg!* (Foto: DÖW)

rage, Selbstbewusstsein, Solidarität und Gerechtigkeit nahegebracht; Werte, die antifaschistische Publizistik auszeichnen. Ich gratuliere Ihnen, Frau Nöstlinger, zu dieser heutigen Auszeichnung und ich bedanke mich ausdrücklich für Ihr jahrzehntelanges, konsequentes Engagement.

Bevor nun der *Verkauf-Verlon Preis* an Christine Nöstlinger überreicht wird, lassen Sie mich zum Ende meiner Ausführungen kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes ist und bleibt für mich eine zentrale Institution zur Aufarbeitung der NS-Zeit in Österreich. Das Dokumentationsarchiv mahnt, es kritisiert und stößt damit breite Diskussionen an. Zu Recht fordert es einen klaren Umgang mit der österreichischen Vergangenheit und eine differenzierte Sichtweise der Verantwortungsübernahme ein. [...]

Die heutige Rede bitte ich Sie daher als Plädoyer für das Dokumentationsarchiv und als Ausdruck meiner Wertschätzung aufzufassen. Ich darf Ihnen versichern, dass Sie hier jederzeit mit meiner Unterstützung rechnen können.

Denn, und davon bin ich fest überzeugt, wir brauchen das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Heute, morgen und für alle Zukunft.



Wolfgang Neugebauer
Peter Schwarz

Stacheldraht, mit Tod geladen ...
Der erste Österreichertransport
in das KZ Dachau 1938

Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz

Stacheldraht, mit Tod geladen ...

Der erste Österreichertransport
in das KZ Dachau 1938

Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der
KZ-Verbände und Widerstandskämpfer
Österreichs

Wien 2008
55 Seiten, m. Abb.

Mindestens 8000 Österreicher wurden 1938 in das KZ Dachau eingeliefert. Bereits drei Wochen nach dem „Anschluss“ war am 2. April 1938 der erste Transport mit 150 österreichischen Häftlingen in Dachau eingetroffen – ein Auftakt für in der Geschichte beispiellose Repressionen, Deportationen und Massenmorde.

Ausgehend vom NS-Terror in Österreich im März/April 1938 erörtern Wolfgang Neugebauer, ehemaliger wissenschaftlicher Leiter des DÖW, und DÖW-Mitarbeiter Peter Schwarz die Zusammensetzung des sogenannten Prominententransports und gehen u. a. auf die Behandlung der Häftlinge sowie auf kulturelle und politische Aspekte ein.

Die Broschüre wurde im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs im DÖW redaktionell betreut und für den Druck vorbereitet.

Als Download auf der Website des DÖW:

- *Druckversion:* www.doew.at/service/archiv/materialien/1938/dachau_1938.pdf (PDF, 13.130 KB)
- *Textversion:* www.doew.at/service/archiv/materialien/1938/dachau_1938_2.pdf (PDF, 1189 KB)

Christine Schindler

DÖW-NEUERSCHEINUNG: JAHRBUCH 2010

Schwerpunkt: Vermittlungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen

Die nachfolgende Themenskizzierung durch die DÖW-Mitarbeiterin und Redakteurin des Jahrbuchs Christine Schindler ist dem diesjährigen Jahrbuch des DÖW als Vorbemerkung vorangestellt.

In einem umfassenden Sinn von Vergangenheitsaufarbeitung, Gegenwartsbewältigung und Zukunftsgestaltung setzen sich die AutorInnen des vorliegenden Jahrbuches in ihren Beiträgen mit der Aufarbeitung und Vermittlung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Österreich auseinander und berichten aus ihren vielfältigen Erfahrungen. Dabei können nur wenige Initiativen Platz finden, es sind vereinzelte Blickpunkte auf eine engagierte und breit gestreute Landschaft von Organisationen, Projekten, engagierten LehrerInnen, Jugendlichen, ErinnerungsarbeiterInnen in Österreich. Die Auseinandersetzung kann sich nicht auf einen kurzen

Abschnitt der Geschichte reduzieren, sondern muss auch Kontinuitäten aufzeigen, sie muss der Jugend von geschulten BetreuerInnen vermittelt werden, die durch eine rationale Zugangsweise kritisches Denken fördern – in diesen Bedingungen einer sinnvollen Vermittlungsarbeit sind sich die AutorInnen des vorliegenden Jahrbuches einig.

Aufarbeitung ist aber auch in einem juristischen Sinne notwendig, wie Staatssekretär a. D. Hans Winkler in seinem Festvortrag bei der Jahresversammlung des DÖW 2009 *Sich der Verantwortung stellen. Nicht vergessen – Lehren für heute und morgen* festhält. Winkler sieht opti-

mistisch die Entwicklung in der Weltöffentlichkeit, die vermehrt die Bedeutung der Aufarbeitung von Vergangenheit, das Bekenntnis zu Schuld und Verantwortung und Bestrafung von Tätern erkennt. Eine der größten Errungenschaften ist hierfür die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes, der Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ahndet. Um die Restitution entzogener Vermögen und die späte Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen, die in den letzten Jahre auch von Österreich verhandelt und abgewickelt wurden, hat Winkler selbst sich sehr verdient gemacht, wenngleich erlittenes Un-

recht nicht vergolten werden kann und noch lange nicht aller entzogene Besitz zurückgegeben wurde und – wie es jetzt aussieht – wohl auch nicht mehr zurückgegeben werden wird.

Das Jahrbuch geht in seinem diesjährigen Schwerpunkt *Vermittlungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen* insbesondere auf die Vermittlung an und durch Gedenkstätten und Schulen ein. Als weitere wichtige und breitenwirksame Vermittlungsformen müssen die Publizistik, die Literatur sowie Film und Fernsehen genannt werden, die nicht explizit Thema im vorliegenden Band sind. Seit 1991 ehrt das DÖW jährlich Menschen – WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und LiteratInnen – mit dem *Willy und Helga Verkauf-Verlon Preis für österreichische antifaschistische Publizistik*, die sich in diesem Bereich besonders verdient gemacht haben.

Viele Menschen werden mit den jährlichen Filmretrospektiven erreicht, die Univ.-Prof. Dr. Frank Stern gemeinsam mit der KZ-Gedenkstätte Mauthausen in Wien und Mauthausen veranstaltet. Die Vorführungen im Wiener Metro-Kino sind mittlerweile ausreserviert. Gratiseintritt und Gratis-Busshuttles von Wien und Linz zu den Vorführungen nach Mauthausen, die das Innenministerium zur Verfügung stellt, locken zahlreiche Menschen jeden Alters an. Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen widmet sich neben ihren vielfältigen Aufgaben in diesen Jahren ganz besonders auch der Vermittlung. 2007 wurde Yariv Lapid aus Yad Vashem nach Österreich geholt, um mit österreichischen ExpertInnen der Gedenkstätte ein pädagogisches Konzept zu erarbeiten. Das 2. Dialogforum Mauthausen im Juni 2010 wird sich explizit der „Vermittlung am historischen Ort“ widmen und stellt ein offenes Diskussionsforum für alle Interessierten dar.

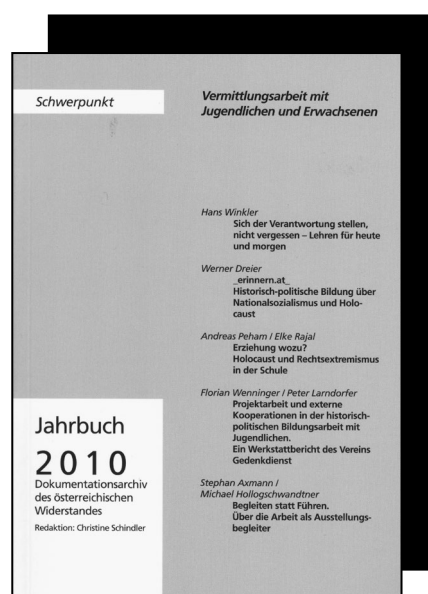
Auch das Mauthausen Komitee Österreich, das maßgeblich vom Österreichischen Gewerkschaftsbund getragen wird, widmet sich verstärkt Vermittlungsfragen und bietet seit 2009 eine fundierte Ausbildung für BegleiterInnen in die Gedenkstätte Mauthausen, aber auch zu den ehemaligen Nebenlagern an. Einige der in diesem Band versammelten AutorInnen haben diese Ausbildung zum „Mauthausen Guide“ absolviert.

Es war von Anfang an das Anliegen der Überlebenden, die Geschichte weiterzugeben, zu erzählen, was geschehen ist, an die Umgekommenen zu erinnern und damit eine Wiederholung in welcher Form auch immer zu verhindern. Die Überlebenden

der Lager haben die Gedenkstätten aufgebaut und betreut, Lagergemeinschaften gebildet, Institutionen wie das DÖW zur Bewahrung ihrer Dokumente und Zeugnisse errichtet, sie sind viele Jahre in die Schulen gegangen, um auch die Jugend zu erreichen. Für Österreich kann stellvertretend für die vielen engagierten Überlebenden das Wirken von Hans Maršálek genannt werden, der für die KZ-Gedenkstätte Mauthausen unerlässliche Arbeit geleistet hat und dafür 2009 von der Universität Linz mit dem Ehrendoktorat der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet wurde. Das persönliche Zusammentreffen mit ehemals Verfolgten und WiderstandskämpferInnen hat jede Generation von neuem auf das tiefste bewegt, die Form der Vermittlung stand im Hintergrund. Nun müssen die Fragen der Vermittlung durch Nachgeborene neu gestellt und beantwortet werden, eine Vermittlung bald ohne die ZeitzeugInnen steht vor vielfältigen Herausforderungen. Viele in der Vermittlung Tätige und politische Verantwortungsträger wurden durch die Wahlergebnisse der letzten Jahre beunruhigt, die in einem erschreckenden Ausmaß zeigen, wie sehr auch jugendliche WählerInnen rechten Demagogen ihre Stimme anvertrauen. Als das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt wurde, erreichte die FPÖ bei der Nationalratswahl 2008 Platz 1 bei den unter 30-Jährigen. Menschen, die sich seit vielen Jahren mit der Geschichte von Diktatur und Massenmord auseinandersetzen, stellen sich – auch anlässlich verschiedener neonazistischer Vorfälle der jüngsten Zeit – vermehrt Fragen nach der Methode ihrer Arbeit. Weder Gedenkstätten noch Museen sind verantwortlich für Wahlergebnisse. Sie tun ihr Möglichstes oft unter schwierigen mate-

riellen Bedingungen, manchmal auch gegen politische Hemmnisse, wie Robert Streibel in seinem Essay *Partisanen der Erinnerung oder diplomatische Pendelmissionen. Erfahrungen zwischen Krams in Niederösterreich und Auwillar in Südf frankreich* anhand einer Ehrung von DeserteurInnen in Krams aufzeigt. Kriegerdenkmale würdigen im ganzen Land die toten Soldaten zweier Weltkriege, SS-Angehörige inbegriffen; ein Denkmal für diejenigen, die sich dem mörderischen Raubzug durch ganz Europa entzogen, wurde von der Kremser Stadtverwaltung hingegen umgehend wieder entfernt. Anstelle eines entsprechenden politischen Willens wurde das Bekenntnis zur Bürokratie abgelegt. Dass um eine Genehmigung um Aufstellung des Denkmals nicht angesucht worden war, beantwortet nicht die Frage, warum nicht längst ein Erinnerungsmal vorhanden ist, warum die DeserteurInnen in Österreich nicht geehrt werden, wie es ihnen zukäme, warum die Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz ein so langwieriges Unterfangen war.

Um die Kinder und Jugendlichen, die in das Schulsystem integriert sind, historisch-politisch zu sensibilisieren, muss die Qualität der Schulbücher garantiert sein und müssen die LehrerInnen entsprechend aus- und fortgebildet werden. Dieser Arbeit widmet sich seit rund zehn Jahren – in vielfältiger Weise unterstützt und finanziert vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur – der Verein *erinnern.at*. Werner Dreier beschreibt im Beitrag *erinnern.at – Historisch-politische Bildung über Nationalsozialismus und Holocaust* Geschichte, Anliegen und Methoden dieser überaus wichtigen Organisation. Neben regelmäßigen Seminaren in Österreich und Israel für Lehrende wur-



Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.)

Jahrbuch 2010

Schwerpunkt:

Vermittlungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen

Redaktion:

Christine Schindler

Wien 2010, 273 Seiten
EUR 13,50

ISBN 978-3-901142-56-7

de vor allem ein bundesweites Netzwerk aufgebaut, dessen neun NetzwerkbetreiberInnen verschiedenste Fortbildungsaktivitäten und Projekte auch mit SchülerInnen begleiten und diesen somit einen regionalen resp. lokalen Bezug zum Thema anbieten. *Erinnern.at* legt dabei einen faktenorientierten Fokus auf die Darstellung und Analyse konkreter Ereignisse und Taten, erlebt oder begangen von konkreten Menschen. Die Konzentration auf Fakten steht nicht nur sinnvoll einer allzu oft fast rituell beschworenen „Unerklärbarkeit“, „Unsagbarkeit“, „Unverstehbarkeit“ der Ereignisse entgegen, sondern auch der Verallgemeinerung und Nivellierung des Geschehenen.

Auch zu aktuellem Antisemitismus und Rassismus entwickelt *erinnern.at* Unterrichtsmaterialien, ein Bereich, der auch ein Schwerpunkt des DÖW ist. Die *Aktion gegen den Antisemitismus* in Österreich ist ebenso im Dokumentationsarchiv beheimatet wie Experten, die historische und aktuelle Ausformungen von Vorurteilsstrukturen, Antisemitismus und Rechts extremismus thematisieren und analysieren.

Insbesondere DÖW-Mitarbeiter Andreas Peham ist zu diesen Fragestellungen und auch zu deren Darstellung in den Medien ein gefragter Referent bei LehrerInnenfortbildungen und in Schulen, wo er entgegen „Überfütterungsbehauptungen“ reges Interesse seitens der SchülerInnen konstatiert. Gemeinsam mit Elke Rajal beschäftigt er sich im Artikel *Erziehung wozu? Holocaust und Rechtsextremismus in der Schule* mit grundsätzlichen und konkreten Fragen und falschen wie erwünschten Voraussetzungen und Zielen der Holocaust Education, der Unterscheidung einer Erziehung *nach* Auschwitz und einer Erziehung *über* Auschwitz, also einer umfassenden Erziehung zur Mündigkeit und einer auch notwendigen Vermittlung von Faktenwissen. Peham und Rajal erinnern hierbei an die Notwendigkeit der „Aufklärung der AufklärerInnen“, die ihre eigenen mitgebrachten Vorurteilsstrukturen erkennen und aufbrechen müssen.

Der *Verein Gedenkdienst*, eingerichtet zur Unterstützung der Ableistung eines Auslandsdienstes an einer Holocaust-Gedenkstätte anstelle eines Zivildienstes, ist seit den 1990er Jahren eine der wichtigsten Institutionen der historisch-politischen Bildungsarbeit in Österreich. Florian Wenninger und Peter Larndorfer gehen im Artikel *Projektarbeit und externe Kooperationen in der historisch-politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Ein Werkstattbericht des Vereins Gedenkdienst*

auf die Geschichte des Vereins ein, seine Ursprünge und Grundsatzorientierung und insbesondere auf die konkreten Erfahrungen in der Vermittlungsarbeit. Sie analysieren die aktuell bevorzugten Vermittlungsformen: Gedenkstättenbesuche müssen unbedingt – eingebettet in ausreichende Vor- und Nachbereitung – auch und gerade berufstätigen Jugendlichen angeboten werden. Die vor allem durch das Unterrichtsministerium unterstützten ZeitzeugInnenbegegnungen, deren Ende besorgt entgegengesehen wird, erkennen Wenninger und Larndorfer als bereits aktuell problematisch, wenn auch das große Bedürfnis nach ebendiesen Gesprächen verständlich bleibt. Eindeutigen Vorzug geben die erfahrenen Autoren mehrtägigen Bildungsmaßnahmen an historischen Orten sowie Rechercheprojekten, die in der Lebenswelt der Jugendlichen ansetzen und selbstständiges Arbeiten fördern. Der *Verein Gedenkdienst* bietet Studienfahrten für Schulklassen, aber auch Einzelpersonen, Vereine und Bildungseinrichtungen mit geschulten BegleiterInnen an.

Auch im DÖW lag die Vermittlungsarbeit mit Jugendlichen jahrzehntelang vor allem in den Händen der Überlebenden und ehemaligen WiderstandskämpferInnen. Sie erfüllten diese Aufgabe in allen Ausstellungen des Dokumentationsarchivs – in der Dauerausstellung im Alten Rathaus zu Widerstand und Verfolgung, zu Täterschaft und Mitläufertum im Nationalsozialismus, seiner Vorgeschichte und Aufarbeitung, in der Gedenkstätte Steinhof und ihrer Ausstellung zu den NS-Medizinverbrechen sowie in der Gedenkstätte im ersten Wiener Gemeindebezirk, Saltztor-gasse 6, die insbesondere an die Opfer der Gestapo Wien erinnert. Seit einigen Jahren ist ein junges VermittlerInnenteam mit den Führungen in den Ausstellungen und Gedenkstätten betraut. Die Vermittlungsarbeit im DÖW wird hauptsächlich von der Stadt Wien und dem Unterrichtsministerium finanziert. Nächstes Vorhaben ist die Einrichtung eines Internetportals, auf dem pädagogische Materialien für die Vor- und Nachbereitung eines Besuchs zur Verfügung gestellt werden sollen, wenngleich sich gerade die Internetauftritte beider Ausstellungen durch leicht verständliche kurze Texte, Abbildungen und vertiefende Informationen schon derzeit gut für schulische Arbeiten und Vorbereitung zu den einzelnen Themen eignen.

Zwei der engagierten DÖW-Ausstellungsbegleiter, Stephan Axmann und Michael Hollogschwandtner, berichten im Beitrag *Begleiten statt Führen. Über die Arbeit als Ausstellungsbegleiter* über ihren persön-

lichen praktischen wie theoretischen Zugang zur Vermittlungsarbeit und analysieren konkrete Situationen mit SchülerInnen und LehrerInnen.

Wie zielführend die Übernahme von Verantwortung durch regionale Zuständigkeiten ist, zeigt sich auch in Oberösterreich, das die Einrichtung einer Dauerausstellung und eines Lern- und Gedenkortes an der ehemaligen Euthanasie-Mordstätte Hartheim ermöglicht hat. Die Leiterin der Gedenkstätte Irene Leitner beschreibt im Artikel *Schloss Hartheim – ein Lern- und Gedenkort. Pädagogische Angebote zur Verbindung von historischem Lernen mit der Auseinandersetzung um aktuelle Themen* insbesondere die ausgearbeiteten pädagogischen Angebote. Die altersgerecht aufgebauten Vermittlungsprogramme richten sich an SchülerInnen im Volksschulalter, 10- bis 14-Jährige, mehrere Angebote an die zahlenmäßig größte Gruppe der 14- bis 18-jährigen SchülerInnen sowie spezifische Vertiefungsprogramme an Auszubildende der Sozial- und Gesundheitsberufe.

Insbesondere junge und ältere Erwachsene möchte das Angebot der Volkshochschulen seit über 100 Jahren erreichen. Stephan Ganglbauer, Christian H. Stifter und Robert Streibel gehen im Beitrag *Kein Ort des Verdrängens. Die Auseinandersetzung mit Austrofaschismus und Nationalsozialismus an Volkshochschulen* der Geschichte der Volkshochschulen in Wien nach, beschreiben Aufbau und Anliegen der Volksbildungseinrichtungen, die personellen und programmatischen Änderungen im „Ständestaat“ und im Nationalsozialismus sowie den Wiederaufbau nach der Befreiung und den Umgang mit der eigenen Geschichte und der des Landes bis heute. Die auch heute noch notwendige Zielrichtung der Volksbildung – wenngleich sie sich nicht mehr nur an die Arbeiterklasse richten kann – wird von den Autoren u. a. mit einem Zitat des Historikers Ludo Moritz Hartmann umrissen: „Wir laden ihn [den Arbeiter] ein [...] den Gedankengängen zu folgen, welche von großen Geistern gebahnt und vorläufig als der Wahrheit am nächsten kommand befunden werden. Wir ordnen ihm das Tatsachenmaterial und zeigen, welche Schlüsse daraus gezogen werden. Wir leiten ihn zum geordneten Denken an, aber ohne ihn zu bevormunden [...] Unser Ziel ist die Denkkraft zu wecken, die allzu häufig schlummert. [...] Deshalb gehen wir principiell auf intellektuelle Bildung, [...] und wir glauben gerade dadurch den Kulturkampf gegen jegliche

autoritäre Weltanschauung und geistige Knechtung am besten aufzunehmen.“ Die vor dem Nationalsozialismus geübte strikte politisch-weltanschauliche Neutralität konnte nach Ende des Regimes nicht mehr begründet werden und wich einer Überparteilichkeit, das Ziel blieb die Erziehung zu selbstständigem Denken.

Pia Schönberger und auch Christiane Rothländer erforschen einen bis heute sensiblen Abschnitt der österreichischen Geschichte, die Zeit des Austrofaschismus oder des „Ständestaates“, um nur zwei Begriffe zu nennen, die die Jahre 1933 bis 1938 von der Ausschaltung des Nationalrates durch die Regierung Dollfuß bis zum „Anschluss“ Österreichs an Hitlerdeutschland bezeichnen.

Pia Schönberger beschreibt in ihrem Beitrag *Wöllersdorf – Die Anfänge* die Internierung politischer Gegner – Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialisten, Gewerkschafter und auch Nationalsozialisten – vor allem im Anhaltelager Wöllersdorf, die vorangegangenen Diskussionen, die zugrundeliegenden fragwürdigen und diktatorischen Verordnungen und Erlässe. Wenngleich die österreichischen Anhaltungen und Anhaltelager in keiner Weise mit den zeitgenössischen Konzentrationslagern im Deutschen Reich

gleichgesetzt werden können und dürfen, überlagert doch das schließlich auch auf österreichischem Boden einsetzende nationalsozialistische Terrorregime oft die Tragweite der Ereignisse im Österreich der dreißiger Jahre. Man muss sich in Erinnerung rufen, was für die einzelnen Arbeiter und kleinen Funktionäre und ihre Familien die Inhaftierung, die sie auch noch bezahlen sollten, bedeuten musste. Die Zerstörung der parlamentarischen Staatsordnung, das Verbot demokratischer Parteien und Organisationen, die teilweise unbefristete Anhaltung ohne Gerichtsurteil und ohne aktuelle politische Betätigung setzten sich in der Enteignung der Institutionen fort, wie Christiane Rothländer anhand der *Vermögensbeschlagnahme und Liquidation des Republikanischen Schutzbundes 1933–1937* an ebendiesem Beispiel ausführt und dabei Gerichtssachverständige als private Profiteure der Enteignungen nicht unerwähnt lässt. Ein diktatorisches System baut auf dem Vorteil einzelner Nutznießer auf.

Die – vor allem rassistisch motivierten – Enteignungen des NS-Regimes waren und sind – wie sein Terror – in der Geschichte beispieldios. Alfons Dür, vormals Präsident des Landesgerichts Feldkirch stieß auf ein bemerkenswertes Dokument, das er in sei-

nem Beitrag *Einstein und das Bezirksgericht Bludenz* analysiert und das ein Schlaglicht auf die rigorose Enteignungspraxis der Nationalsozialisten wirft.

All die hier beschriebenen und noch viele weitere Initiativen und Projekte sind mit öffentlichen Geldern finanziert. Dafür ist den politisch Verantwortlichen und Verantwortungsbewussten und den SteuerzahlerInnen ausdrücklich zu danken. Langfristig werden sich diese Investitionen bezahlt machen, vor allem wenn sie intensiviert werden. Gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise fallen viele Vorhaben dem Sparstift zum Opfer, interessierte junge Menschen, aber auch arrivierte WissenschaftlerInnen und PädagogInnen, die sich in diesen Bereichen betätigen möchten, müssen dies teils unter prekären Arbeitsbedingungen leisten, teils erfolgt das Engagement ohnehin unentgeltlich. Gerade in Zeiten der ökonomischen und sozialen Unsicherheit aber ist Erziehung zu Demokratie und Menschenrechten augenfällig unabdingbar. Die heute Heranwachsenden und auch die Erwachsenen dabei zu begleiten, ihre Fragen und Bedürfnisse nicht zu oktroyieren, sondern ordnen und vertiefen zu helfen, ist eine Aufgabe der Vermittlung, der Politik, der Gesellschaft.

NS-Kriegsverbrechen in Graz

Neue Erkenntnisse über die NS-Kriegsverbrechen in der ehemaligen Grazer SS-Kaserne Wetzelsdorf und am Schießplatz Feliferhof lieferte ein Forschungsprojekt, das im März 2010 von BM Mag. Norbert Darabos präsentiert wurde.

Zwischen 149 und 219 Menschen – Widerstandskämpfer, KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter u. a. – wurden in den letzten Kriegstagen 1945 auf dem Areal der heutigen Belgier-Kaserne ermordet; unmittelbar nach dem Krieg wurden 142 Leichen exhumiert und in Massengräbern am Schießplatz Feliferhof be-
graben.

Anhand zeitgenössischer Verhörprotokolle und alter Luftaufnahmen der US-Streitkräfte konnte das Forscherteam unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dieter Binder (Universität Graz) Bombentrichter auf dem Kasernenareal identifizieren, in denen möglicherweise die Überreste weiterer Ermordeter verscharrt wurden. Das

Bundesheer ließ daraufhin das Areal rund um die vermuteten Massengräber sperren.

Seit Jahrzehnten bemüht sich der ehemalige Bundesheer-Offizier Manfred Oswald, der dem Kuratorium des DÖW angehört und Mitglied der österreichischen Liga für Menschenrechte ist, um ein würdiges Gedenken an die Opfer des NS-Regimes und die Aufarbeitung und Verfolgung der NS-Verbrechen. Auf seine Initiative geht u. a. die Anbringung einer Gedenktafel am Schießplatz Feliferhof zurück. Manfred Oswald erhielt für sein Engagement im Jänner 2010 den *Menschenrechtspreis des Landes Steiermark für 2009*.

Buchpräsentation im Jüdischen Museum Wien

Am Montag, den 7. Juni 2010, 19.00 Uhr werden im Jüdischen Museum Wien die von Erhard Roy Wiehn herausgegebenen Erinnerungen von Lotti Kahana-Aufleger (*Jahre des Kummers überlebt. Czernowitz und die transnistrische Verbannung*

1939–1950, Hartung-Gorre Verlag, Konstanz 2009) der Öffentlichkeit vorgestellt.

WIR GRATULIEREN

DÖW-Vizepräsident Prof. Hugo **Pepper**, Widerstandskämpfer und Volksbildner, beging am 4. Februar 2010 seinen 90. Geburtstag.

DÖW-Vorstandsmitglied Prof. Rudolf **Sarközi** wurde mit dem *Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien* und dem *Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich* ausgezeichnet.

Em. Univ.-Prof. Dr. Erika **Weinzierl**, Mitglied des DÖW-Vorstands, feiert am 5. Juni 2010 ihren 85. Geburtstag.

Maria **Jonas**, ehrenamtliche Mitarbeiterin des DÖW, feierte ihren 70. Geburtstag und erhielt das *Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich*.

Gegendarstellung

Dr. Johannes Hübner und Dr. Gerhard Steiner beantragen namens und im Auftrag der W 3 VerlagsgmbH. eine

Gegendarstellung:

„Sie veröffentlichen auf Ihrer Website www.doew.at in der Abteilung ‚Neues von ganz rechts – Dezember 2009‘ unter der Überschrift ‚Antimuslimischer Rassismus und Familienidylle bei Mölzer‘ einen Artikel, in dessen letztem Absatz folgende Behauptung aufgestellt wird:

Die Folgenummer hat die angebliche Krise der Familie als ‚Folge des real existierenden Feminismus‘ (Zur Zeit 52–53/2009) zum Thema. Bei der Illustration des Schwerpunkts kam es offenbar zu einer bezeichnenden Fehlleistung (S. 15): Ein Bild zeigt den ca. 10-jährigen Adolf Hitler im Kreise seiner Familie, darunter: ‚Familie. Sie sollte ihren Mitgliedern Geborgenheit und Schutz bieten‘.

Diese Behauptungen sind insoweit unrichtig, als das erwähnte Foto eine – namentlich nicht mehr bekannte – achtköpfige Familie und weder Adolf Hitler noch seine Familie bzw. Angehörige seiner Familie zeigt.“

[Die beanstandete Textpassage wurde vor Beantragung der Gegendarstellung auch in den *Mitteilungen* 195/März 2010 publiziert.]

Neonazis über die „ganz Schlaun“ in der FPÖ

Weil der niederösterreichische FPÖ-Politiker Erich Königsberger gegen unbekannte Täter, die Wahlplakate mit Haken-

kreuzen beschmiert hatten, eine Anzeige nach Verbotsgesetz eingebracht hat, muss er sich von Neonazis im Internet als unterbelichtet darstellen lassen. Die neonazistische Site *alpen-donau* unterstellt ihm gar, „dem Feind in die Hände“ zu arbeiten. In der FPÖ würden „sich nicht nur anständige Deutsche [tummeln], sondern auch Karrieristen, Konjunkturritter und ganz schlichte Gemüter“. Diese würden wie Königsberger „in die Systemfalle tappen“. Daher wollen die Neonazis „einmal ein Wort an die FPÖ richten“: Sie verlangen „ganz unmissverständlich eine Linie. Weg mit dem Verbotsgesetz!“ und erinnern „in diesem Zusammenhang an die Aussagen von Heinz Christian Strache“. Tatsächlich hat der FPÖ-Chef 2007 laut über eine Abschaffung des Verbotsgesetzes nachgedacht. Auch sein Stellvertreter Norbert Hofer habe sich „ganz klar“ gegen das Verbotsgesetz ausgesprochen und eine Volksabstimmung über dessen Aufhebung verlangt. Angesichts dieser Parteilinie erwarten sich die Neonazis abschließend „eine schnelle Nachschulung für den guten Herrn Königsberger“.

Neonazis über Rosenkranz-Kandidatur

Wie nicht anders zu erwarten, reagiert die österreichische Neonaziszene mit heller Begeisterung auf die Kandidatur der FPÖ-Politikerin Barbara Rosenkranz. Auf *alpen-donau*, wo Bundespräsident Heinz Fischer auf das Übelste antisemitisch beflegt wird, verweist man darauf, dass „sich Rosenkranz zu den grundsätzlichen Themen kein Blatt vor den Mund [nimmt]“. Die Neonazis in ihrer Wahlempfehlung: „Auch wenn uns ehrlich ge-

sagt Wahlen nur sehr wenig interessieren, so ist uns doch eine deutsche Mutter lieber als ein alter Jude wie Heinz Fischer. Außerdem ist Rosenkranz gegen das Verbotsgesetz und damit grundsätzlich zu wählen. Unsere Sympathien hat sie.“

Im angeschlossenen Forum diskutiert man vor allem die Frage, ob Bundespräsident Fischer tatsächlich „Jude“ sei. Auch die FPÖ-Kandidatin wird dort aufgrund ihres Namens dem schlimmen Verdacht ausgesetzt: Ein „scrmaster“ hätte zunächst

nichts gegen „eine Frau im Bundespräsidentenamt, auch wenn sie wohl keine echte Führerin sein kann“.

Dann fragt er sich aber, ob der „Name Rosenkranz nicht jüdisch“ sei. Umgehend beruhigt ein „Rückreisemanager“: „Sie hat zwar einen jüdischen Namen aber soweit ich weiss ist weder Frau noch Herr Rosenkranz ein Jude.“ [sic!] Ein niederösterreichischer Neonazi und eifriger Forenschreiber namens „Frontsoldat“ weiß sogar von einer persönlichen Begegnung zu berichten:

„Frau Rosenkranz ist eine ehrwürdige, standhafte, deutsche Frau – nett und tatkräftig! Ich traf sie vor ca. 2 1/2 Jahren mal in einem Wirtshaus und trank etwas mit ihr, also weiß ich, wie sie persönlich ist. Unterstützt sie! Sie ist einer der letzten in der FP, die sich treu zum Deutschtum bekennen.“

Im deutschen *Thiazi-Forum* diskutiert man die Rosenkranz-Kandidatur ebenfalls, wobei die Neonazis sich auch hier vor allem über ihre ablehnenden Aussagen zum Verbotsgesetz freuen. Man schätzt die „Geradlinigkeit und Ehrlichkeit“ dieser „deutsche[n] Frau, wie sie im Buche steht“. Man heißt die Freiheitliche aus „allen Gauen“ „herzlich willkommen“ und wünscht ihr als „Nationalsozialisten“ „alles Gute auf dem Weg ins Amt“.

Friedrich Romig und W3-Verlagsgesellschaft verurteilt

2008 brachte das DÖW eine Klage gegen Friedrich Romig ein, nachdem dieser in Andreas Mölzers Wochenzeitung *Zur Zeit* (45/2007) unter dem Titel „Sie lügen fleißig weiter!“ einmal mehr zahlreiche unwahre und ehrenrührige Behauptungen aufgestellt hatte. Das DÖW sah in diesen diffamierenden Aussagen eine Verletzung

des § 1330 ABGB und reichte beim Handelsgericht Wien Klage ein. In der darauf folgenden Verhandlung wiederholte Romig seine Behauptungen und bezeichnete das DÖW als einen „Lügentempel“, der seit Jahrzehnten eine „Geschichtslüge“ vertrete. Unter Berufung auf einen österreichischen Philosophen ver-

stieg er sich zu der Aussage, dass die „gesamte Zeitgeschichte“ als ein „Instrument zur Verbreitung von Geschichtslügen“ bezeichnet werden könne.

Mit Urteil vom 3. August 2009 hat das Handelsgericht Wien die von Romig über das DÖW getätigten Behauptungen als ehrenrührig und kreditschädigend eingestuft

und sowohl Romig als auch die *W3-Verlagsgesellschaft* (als *Zur Zeit*-Medieninhaberin) schuldig gesprochen. Die beklagten Parteien werden aufgefordert,

„1) es ab sofort zu unterlassen, über die *Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)* zu behaupten und/oder zu verbreiten, das *DÖW* lüge fleißig weiter; auch unter neuer Leitung setzte das *DÖW* seine aus Verschweigen, Lügen und Denunziation bestehende Tätigkeit fort; Schulkinder würden mit Publikationen aus dem *Lügentempel des DÖW* traktiert oder in die vom *DÖW* organisierten Ausstellungen getrieben, in denen ein aus Lüge, Fälschungen und Verdrehungen zusammengezoomtes, einseitig marxistisch-kommunistisch-sozialistisches Geschichtsbild vorgesetzt werde, das *DÖW* betreibe Landesverrat, sowie sinngleiche ehrenrührige und/oder kredit-schädigende Behauptungen über die *Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)*

2) die Behauptungen [...] gegenüber den *Leserinnen und Lesern der Wochenzeitschrift ‚Zur Zeit‘* zu widerrufen“.

Am 30. November 2009 hat das Oberlandesgericht Wien in einem Berufungsverfahren in der Causa *DÖW – Romig* dem Urteil des Handelsgerichts Wien recht gegeben und dessen Schuldspruch gegen die beklagten Parteien bestätigt. Das Urteil ist nach Verstreichung letzter Fristen mittlerweile rechtskräftig geworden.

Schon 1992 hatte Romig in der rechtsextremen Zeitschrift *Aula* einen ähnlichen Hetzartikel gegen das *DÖW* und dessen damaligen wissenschaftlichen Leiter, Dr. Wolfgang Neugebauer, veröffentlicht. In einem darauf folgenden Prozess wurde Romig in erster Instanz wegen übler Nachrede teilweise schuldig gesprochen und zu einer Geldstrafe in der Höhe von öS 80.000,- verurteilt. Nach beiderseitiger Berufung hob das Oberlandesgericht Wien im April 1996 das Urteil auf und wies die

Strafsache zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung an das Erstgericht zurück. Dieses sprach Romig neuerlich teilweise schuldig, setzte jedoch die Geldstrafe auf drei Jahre Bewährung aus. Einer weiteren Berufung seitens des Angeklagten gab das Oberlandesgericht Wien im Mai 1998 nur in einem Punkt statt, bestätigte jedoch im Übrigen das Urteil. Die Tatsache, dass das OLG mehrere Passagen in Romigs *Aula*-Artikel als „Werturteile“ straffrei gestellt hatte, wurde in der neonazistischen Szene und von Seiten der FPÖ samt Umfeld als quasi richterliche Bestätigung für die Richtigkeit der Anwürfe dargestellt und dementsprechend immer wieder als Propagandamittel gegen das *DÖW* eingesetzt. Damit dürfte es zumindest außerhalb der Neonaziszene nun vorbei sein: Dem letztinstanzlichen Urteil gegen Romig und die *W3-Verlagsgesellschaft* kommt für das *DÖW* ein zentraler Stellenwert zu, wenn es künftig darum geht, sich gegen üble Nachrede und Verleumdungen zu wehren.

REZENSIONEN

Salzborn, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Frankfurt/Main: Campus-Verlag 2010. 378 S.

Über die Entstehung und Wirkung des Antisemitismus liegt mittlerweile eine umfangreiche Forschungsliteratur vor. Ausführliche Studien beschrieben die historische Entwicklung damit verbundener Einstellungen, interpretierende Werke präsentierten analytische Deutungen der unterschiedlichen jüdenfeindlichen Vorurteile. Dabei konzentrierte man sich aber häufig nur auf einen bestimmten Gesichtspunkt, an breiter entwickelten Erklärungsansätzen mangelte es.

Dies beklagt auch der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn in seiner Studie *Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich*. Wie der Untertitel bereits andeutet, beabsichtigt er darin eine Auseinandersetzung mit den bisherigen theoretischen Modellen zur Judenfeindschaft. Sie sollen zum einen im Sinne eines empirischen Testes an der Realität überprüft und zum anderen hinsichtlich ihrer Erklärungskraft in ihrem Wechselverhältnis zueinander bestimmt werden. Kurzum, In-

halt und Praxis sollen als gemeinsame Bestandteile einer besonderen Ideologie Beachtung finden.

Salzborns Arbeit gliedert sich in vier unterschiedlich große Teile: Zunächst geht er auf die Bedeutung des Themas, die Entwicklung der Fragestellung und den Stand der bisherigen Forschung ein. Danach folgt als erstes großes Kapitel eine Darstellung und Untersuchung wichtiger sozialwissenschaftlicher Theorien über Antisemitismus, wobei die Deutungen einzelner klassischer und neuerer AutorInnen präsentiert werden: Sigmund Freud, Talcott Parsons, Jean-Paul Sartre, Ernst Simmel, Max Horkheimer / Theodor W. Adorno, Hannah Arendt, Béla Grunberger, Shulamit Volkov, Moïse Postone, Zygmunt Bauman und Klaus Holz. Dem schließt sich die empirische Prüfung von deren theoretischen Annahmen an, wozu die Ergebnisse einer eigenen qualitativen empirischen Studie mit sieben Interviews genutzt werden. Danach folgt eine qualitative Auswertung der einzelnen und eine systematische Auswertung aller Interviews. Und schließlich nimmt der Autor eine bilanzierende vergleichende Betrachtung in Richtung einer Theorie des modernen Antisemitismus vor.

Bilanzierend heißt es: „Antisemitismus, so lassen sich die strukturellen wie indivi-

duellen Faktoren zusammenfassen, ist, mit Horkheimer / Adorno und Arendt gesprochen, letztlich *eine Art zu denken* und – mit Sartre und Claussen – *eine Art zu fühlen: Antisemitismus ist zugleich Unfähigkeit wie Unwilligkeit, abstrakt zu denken und konkret zu fühlen*; im Antisemitismus wird beides vertauscht, das Denken soll konkret, das Fühlen aber abstrakt sein. [...] Der antisemitische Wunsch, *konkret zu denken*, wird ergänzt um die Unfähigkeit, *konkret zu fühlen*; die Weltanschauung soll konkret sein, das Gefühl aber abstrakt – was sowohl die intellektuelle, wie die emotionale Perspektive einer Inversion unterzieht, die psychisch aufgrund ihrer Dichotomie zu inneren Konflikten führen muss. Auf der weltanschaulichen Ebene ist Antisemitismus damit eine dezisionistische Haltung zur Welt, eine radikale bewusste wie unbewusste Entscheidung für den kognitiven und emotionalen Glauben an den Manichäismus der antisemitischen Phantasie.“ (S. 334)

Das Urteil über Salzborns Studie fällt ambivalent aus: Einerseits zeichnet sie sich durch einen erkenntnisfördernden Ansatz aus, will der Autor doch Theorien über den Antisemitismus empirisch überprüfen. Dazu präsentiert er die einzelnen Ansätze komprimiert und systematisch. Er macht auch zutreffend die unterschiedlichen

Ebenen der Argumentation deutlich und fragt nach der möglichen Kompatibilität nur scheinbar gegensätzlicher Erklärungsrichtungen. Hierdurch weist die Studie auf Lücken in der bisherigen Forschung hin und plädiert für eine Erweiterung von deren Perspektiven. Andererseits überzeugt

der Versuch, die erwähnten Erklärungsansätze über eine qualitative Studie mit sieben Befragten überprüfen zu wollen, nicht. Eine solche Vorgehensweise mag bezüglich der psychologischen Ansätze angemessen sein. Für die historische und gesellschaftliche Dimension bedarf es

aber einer anderen Perspektive. Darüber hinaus fehlt eine wirkliche Abrundung der Erkenntnisse gegen Ende in Richtung einer entwickelten Theorie des modernen Antisemitismus.

Armin Pfahl-Traugher

Hans Schafranek

Projekt: V-Leute der Gestapo. Zur Durchdringung und Bekämpfung des Widerstandes gegen das NS-Regime

Der Wiener Historiker Hans Schafranek, seit 1982 freier Mitarbeiter des DÖW, hat bereits mehrere Buchpublikationen zu Emigration, Kommunismus und Nationalsozialismus vorgelegt und befasst sich derzeit insbesondere mit den Themen Gestapo/Widerstand, Österreichische SA und SS vor 1938, Geheimdienstliche Operationen im Zweiten Weltkrieg.

Vor Kurzem hat er ein vom FWF gefördertes Forschungsprojekt zum Thema V-Leute der Gestapo (Projekt P 19912 G08) abgeschlossen und wird dazu ein Buch publizieren. Ein Kapitel daraus wurde 2009 im Jahrbuch des DÖW veröffentlicht und ist als PDF auf der Website des DÖW abrufbar: Drei Gestapo-Spitzel und ein eifriger Kriminalsekretär. Die Infiltration und Zerschlagung des KJV Wien-Baumgarten (1940) und der KPÖ-Bezirksleitung Wien-Leopoldstadt (1940/41) durch V-Leute der Gestapo (http://www.doew.at/publikationen/jahrbuch/jb09/schafranek_jb09.pdf, 241 KB).

Das Forschungsvorhaben intendierte eine vergleichende Untersuchung der Voraussetzungen und Auswirkungen des Einsatzes von Vertrauensleuten (V-Leuten, Konfidenten, Spitzeln) der Gestapo-Leitstellen Wien und Düsseldorf. Als wichtigste Abgrenzungskriterien zu dem weitaus besser erforschten Themenbereich *Denunziantentum im NS-Regime* sind „idealtypisch“ vor allem zwei Faktoren anzuführen:

- Denunziationen erfolgten grundsätzlich auf freiwilliger Basis (was bei V-Leuten mehrheitlich nicht der Fall war) und zielten in der Regel darauf ab, ein nonkonformes Verhalten im privaten oder sozialen Alltag zu kriminalisieren, wobei häufig auch die Befriedigung persönlicher Rachegelüste und ähnliche Umstände motivierend wirkten.
- Sowohl von den individuellen Prämissen als auch von den Zielgruppen der Verfolgungsinteressen des nationalsozialistischen Kontroll-, Überwachungs- und Repressionsapparats her unterschieden sich demgegenüber im Regelfall die „Rekrutierung“ und der Tätigkeitsbereich von V-Leuten. Häufig handelte es sich um inhaftierte, durch physischen oder psychischen Druck in den Dienst der Gestapo gepresste Widerstandskämpfer oder entlassene KZ-Häftlinge. In den qualitativ und quantitativ sehr unterschiedlichen Dimensionen dieser großteils erzwungenen Kooperation vollzog sich bei

den solcherart gewonnenen V-Leuten eine durchaus nicht geradlinige Wandlung vom Opfer zum Täter – ein Prozess, der viele „Grauzonen“ und ambivalente Handlungsmuster mit einschloss.

Daneben existierten freilich auch „Mischformen“ bzw. andere Rekrutierungslinien: Denunzianten, die selbständig agierten und in der Folge zu V-Leuten mutierten; der parallele Einsatz von Denunzianten und Spitzeln; Kriminelle, die vor ihrer Konfidententätigkeit niemals im Widerstand tätig waren; das Zusammenwirken von V-Leuten verschiedener Institutionen (SD, Abwehr, Gestapo), deren individuelle Motivation sehr unterschiedlich sein konnte.

Besonders „effiziente“ V-Leute betätigten sich verschiedentlich auch als Agents provocateurs. Eine „Vorreiterrolle“ spielte in dieser Hinsicht die Wiener Gestapo. Im Rahmen des Projekts konnte zudem der Nachweis geführt werden, dass Gestapo-Spitzel nicht nur bestehende Organisationen des Widerstandes vollständig unterwanderten, sondern neue „illegale“ Leitungsgremien schufen, um die sich zahlreiche arglose Sympathisanten und Mitglieder gruppierten. Neben der Infiltration des kommunistischen Widerstandes konzentrierte sich die Untersuchung schwerpunktartig auf die Tätigkeit von V-Leuten in sozialdemokratischen, katholisch-konservativen und (in Österreich) „legitimistischen“ Kreisen sowie auf den anarcho-

syndikalistischen Widerstand (Ruhrgebiet).

Für die komparatistische Untersuchung von V-Männer-Netzen der Gestapo-Leitstellen Wien und Düsseldorf (bzw. der jeweiligen territorialen Zuständigkeitsbereiche) sprachen mehrere Gründe: die jeweils relativ günstige Quellenlage, die teilweise Vergleichbarkeit sozialer Strukturen in industriellen Ballungszentren und eine in beiden Regionen starke Dichte kommunistischer und sozialdemokratischer Organisationsansätze vor dem Machtantritt des Nationalsozialismus.

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

EISENBACHER GmbH
MEDIENBEOBACHTUNG

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10
TEL.: 01/36060 - 5401; FAX: 01/36060 - 5699
E-MAIL: office@eisenbacher.net
INTERNET: www.eisenbacher.net

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit:
Eva Kriss, Willi Lasek, Andreas Peham, Armin Pfahl-Traugher, Hans Schafranek, Christine Schindler.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller:
Dokumentationsarchiv des österreichischen
Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus),
1010 Wien;
Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mitternitzer,
Tel. 22 89 469/322, e-mail: christa.mehany@doew.at;
Sekretariat, Tel.: 22 89 469/319, Fax: 22 89 469/391,
e-mail: office@doew.at; web: <http://www.doew.at>).

Ich bestelle folgende Publikationen zum Sonderpreis für Abonnenten der *Mitteilungen*:

- Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947.** Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 2002, 704 S., Bildteil. Leinen oder Karton € 15,-
Leinen ... Stück
Karton ... Stück
- Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., € 4,30
... Stück
- Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. € 4,30
... Stück
- Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** Wien 1996, 135 S. € 6,50
... Stück
- Kombiangebot Gedenken und Mahnen in Wien,** Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998 **und Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,** Wien 2001. € 13,- (statt € 15,-)
... Stück
- Brigitte Bailer, **Wiedergutmachung kein Thema.** Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Löcker Verl. Wien 1993. 309 S. Ladenpr. € 27,60
... Stück
- Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hrsg.), **NS-Herrschaft in Österreich,** öbv und hpt 2001, 959 S., Ladenpr. € 25,40
... Stück
- Gerhardt Plöchl, **Willibald Plöchl und Otto Habsburg in den USA.** Ringen um Österreichs „Exilregierung“ 1941/42, Wien 2007, 288 S., Ladenpr. € 9,90
... Stück
- Wolfgang Form/Oliver Uthe (Hrsg.): **NS-Justiz in Österreich.** Lage- und Reiseberichte 1938–1945. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 3, LIT Verlag 2004, LVIII, 503 S., **Sonderpreis € 25,-** (Ladenpr. € 49,90)
... Stück
- Hans Landauer, Erich Hackl, **Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939,** 2. erw. Aufl., Theodor Kramer Gesellschaft 2008, 270 S., Ladenpr. € 29,90
... Stück
- Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch.** Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,-
... Stück
- Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran,** Wien 2003, 112 S., € 5,-
... Stück
- Nachklang–Widerhall.** Ein Hörbuch mit Texten zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, Doppel-CD, edition kult-ex 2007, Ladenpr. € 14,90
... Stück
- DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung.** Wien 2006, 207 S., 160 Abb., € 24,50
... Stück
- DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition,** Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., € 14,50
... Stück
- Wolfgang Stadler, **„... Juristisch bin ich nicht zu fassen.“** Die Verfahren des Volksgerichts Wien gegen Richter und Staatsanwälte 1945–1955, LIT Verlag 2007, 397 S., Ladenpr. € 29,90
... Stück
- Erich Fein, **Die Erinnerung wach halten.** Widerstand & Verfolgung 1934–1945 und der Kampf um Anerkennung und Entschädigung der Opfer, Wien 2008, 128 S., € 12,-
... Stück
- Wolfgang Neugebauer, **Der österreichische Widerstand 1938 bis 1945,** Steinbauer 2008, 286 S., € 22,50
... Stück
- Bewahren – Erforschen – Vermitteln.** Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2008, 190 S., € 13,50
... Stück
- Martin Niklas, **„... die schönste Stadt der Welt“. Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt.** Schriftenreihe des DÖW zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen, Bd. 7, Wien 2009, 232 S., € 19,90
... Stück
- Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky.** Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., € 29,90
... Stück
- Jahrbuch 2008,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Antisemitismus, LIT Verlag 2008, 285 S., Ladenpr. € 13,50
... Stück
- Jahrbuch 2009,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Bewaffneter Widerstand – Widerstand im Militär, LIT Verlag 2009, 321 S., Ladenpr. € 13,50
... Stück
- Jahrbuch 2010,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Vermittlungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen, Wien 2010, 273 S., € 13,50
... Stück

Alle angegebenen Preise exklusive Versandkosten.

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**
Verlagspostamt
1010 Wien

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S